


November 1932




7. Jahrg., Nr. 11

Mitteilungsblatt des Landesverbandes israelitischer Religionsgemeinden Hessens

Dieses Blatt erscheint monatlich und geht den Mitgliedern unentgeltlich zu. ◆ Erscheinungsort Mainz.

Zuschriften: Mainz, Hindenburgstraße Nr. 44
Schriftleitung: Rabbiner Dr. S. Levi, Mainz

Dem Allgemeinen Rabbinerverband zum Gruß!

Der Allgemeine Rabbinerverband in Deutschland, unter Leitung des ehrwürdigen Herrn Rabbiner Dr. Baeck, Berlin, wird seine diesjährige Tagung am 15. und 16. November in der Hauptstadt der hessischen Provinz Rheinhessen, in Mainz, abhalten.

Die israelitische Religionsgemeinde Mainz, dieser altersgeweihte Boden und Mittelpunkt jüdischer Lehre und jüdischen Lebens, und mit ihr die hessische Judenheit weiß die Ehre, die ihr durch die Versammlung der zahlreichen religiösen Führer des deutschen Judentums zuteil wird, zu schätzen. Der Landesverband israel. Religionsgemeinden Hessens, der Vorstand und die Mitglieder der israel. Religionsgemeinde Mainz werden in gewohnter rheinischer Weise Gastfreundschaft an der Tagung der ehrwürdigen Herren üben.

Wiederholt traten in früheren Jahrhunderten die Rabbiner und Führer der deutschen Juden in Magenza zusammen. Wichtige und nachhaltige Beschlüsse und Verordnungen gingen von hier aus.

Wir grüßen die diesjährige Versammlung und wünschen, daß auch ihre Arbeit und ihre Ergebnisse gesegnet sein mögen.

Der Oberrat
des Landesverbandes israelitischer Religionsgemeinden Hessens
B. A. Mayer, Vorsitzender.

Nach dem 6. November.

Der C.-V.-Pressedienst teilt mit:

Mit einem grellen antisemitischen Schlußakkord endete der Vorabend des 6. November. Langsam hatte sich der Wahlkampf entwickelt. Vorsichtig lüfteten die Agitationsleiter die Parteiwisiere, um die Stimmung der Bevölkerung abzutasten. Als die NSDAP merkte, daß die Skepsis in ihren alten Wählerschichten gegenüber der Partei stark geworden sei, versuchten sie noch einmal, alle Zweifler, alle Schwankenden durch die alte Rattenfängermelodie des Judenhasses wieder hinter die Parteifahne zu bringen. Riesenplakate in allen Farben schrieen von den Anschlagsäulen herab: Papen verjudet! Stahlhelm verjudet! Der Centralverein Eintreiber der Juden zur Stimmabgabe für die Deutschnationale Volkspartei! In Massenauflagen trugen Sonderzeitungen, Flugblätter, Flugzettel die antisemitische Verhetzung durch Straßen- und Hauspropaganda in Millionen Familien. Dann, jäh abbrechend, die Stille des Wahltages, und nun — das Ergebnis: ein starker Einbruch in die nationalsozialistische Phalanx. Nach Jahren unaufhörlichen Anstiegs mehr als nur ein Stillstand: eine Niederlage. Eine Schlacht gegen den Nationalsozialismus ist gewonnen, aber der Sieg gegen ihn ist noch nicht errungen.

Wie stehen nach dem 6. November die Fronten? Der Rückgang der Mandats- und Stimmenzahl der Nationalsozialisten ist weit stärker, als es der verminderten Wahlbeteiligung entspricht. Auch dieses Mal ist es der NSDAP nicht geglückt, in die Arbeiterparteien einzubrechen. Im Gegenteil: während im Reichstag vom 31. Juli die NSDAP für sich stärker war als die SPD und die KPD zusammen, haben diese beiden Parteien jetzt eine ganz klare Mehrheit gegenüber den Nationalsozialisten erlangt. Aber es darf auch nicht verkannt werden, daß die Wahlen keine Verminderung des politischen Radikalismus gezeigt haben. Trotz der Abwanderung bürgerlicher Elemente aus der NSDAP in die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei bilden Nationalsozialisten und Kommunisten zusammen eine Mehrheit gegenüber allen anderen Parteien.

Der Stimmenrückgang der Nationalsozialisten beweist, daß eine große Zahl von Menschen, die unter Verleugnung ihrer sozialen Herkunft und politischen Gesinnung zum Nationalsozialismus gekommen waren, kritisch und hellhörig geworden sind. Diese Entwicklung wird mit dem 6. November keineswegs abgeschlossen sein, wenn auch bei dieser Wahl viele noch einmal, vielleicht ein letztes Mal, ihre Stimme Hitler gaben, um ihm eine Chance zu setzen. Die Auseinandersetzung selbst wird weiter gehen. Die Menschen, deren Widerspruch sich an dem Mißverhältnis von Versprechen und Verwirklichung im Nationalsozialismus entzündet haben mag, sind von der unausgesetzten antisemitischen Verhetzung, der sie zur Vernebelung ihres Bewußtseins und zur Einschläferung ihres kritischen Geistes ausgesetzt waren, nicht unbeeinflußt geblieben. Sie stellen einen starken Gefahrenherd für alle Gruppen dar, in die sie sich jetzt eingliedern.

Die entscheidende Frage bei dieser Wahl war, ob sich für Zentrum, Bayerische Volkspartei und Nationalsozialisten eine regierungsfähige „schwarz-braune" Mehrheit ergeben würde. Die Wahl vom 6. November hat ergeben, daß eine Mehrheitsbildung ohne die Deutschnationalen nicht möglich sein dürfte. Das bedeutet eine nicht zu unterschätzende Stärkung der von der gegenwärtigen Regierung vertretenen Politik, eine Stärkung des sog. Präsidialkabinetts.

Aber mit welcher Mehrheit das Kabinett auch gebildet werden wird, an dem politischen Kurs der gegenwärtigen Regierung dürfte sich nach der Zusammensetzung des neuen Reichstags kaum etwas ändern. Für die deutschen Juden ist deshalb die allgemeine politische Situation unverändert.

In einem jüdischen Blatte sind Kombinationen über Regierungsbildung und Regierungsmehrheit nicht am Platze. Eines kann aber unter staatspolitischen Gesichtspunkten auch an dieser Stelle gesagt werden. Die Regierung der Autorität erhält ihre Autorität nur, wenn sie gegen alle die Autorität untergrabenden Vorgänge gleichmäßig stark bleibt. Das Judentum kann deswegen erwarten, daß alle gegen die Existenz, Leben, Ehre, Eigentum des einzelnen Juden gerichteten Tendenzen an Ordnungsmaßnahmen der Regierung ihre Schranken finden werden. Das Kabinett, dessen Führung so oft zum Ausdruck brachte, daß es sich in seinen Maßnahmen auf den unterbewußten Willen des Volkes stütze, kann diesesmal sogar in seinem Verhalten gegenüber dem Judenhaß sich auf die tatsächlichen Ergebnisse des Wahlkampfes stützen; denn es gibt auch auf weitest gehender Mandatsarithmetik keine Mehrheit von Gruppen und Parteien, die den Antisemitismus, die staatsbürgerliche Entrechtung der deutschen Juden auf ihre Fahne geschrieben hätten.

Für die deutschen Juden ergeben sich aus dieser Entwicklung wichtige Erkenntnisse: die Tatsache, daß überhaupt die innere kritische Auseinandersetzung innerhalb der einzelnen Gruppen, insbesondere aber im Nationalsozialismus begonnen hat, schafft dem deutschen Judentum die Möglichkeit, mit geistigen Argumenten in die allgemeine politische Diskussion einzugreifen. Dieser entscheidende Augenblick darf nicht versäumt werden. Alle Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden, um das notwendige aufklärende Material in weitestem Umfange in die richtigen Kreise zu bringen.

Die Arbeit, die das deutsche Judentum darum jetzt zu leisten hat, ist nicht einzelnen Parteien, nicht einzelnen Weltanschauungsgruppen oder Organisationen der Umwelt zuliebe zu tun. Es wäre eine schwere Gefahr und eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit, wenn sich die Aufklärungsarbeit des deutschen Judentums an zeitlich bedingten Einflüssen orientierte. Die Aufklärungsarbeit muß an den Grundlagen festhalten, die da lauten: der Anspruch des deutschen Judentums auf Gleichberechtigung, Gleichbewertung und Gleichachtung ist unabhängig von Parteikonstellationen, unabhängig von Regierungsprogrammen. Nur eine solche, nach diesen unzerstörbaren Grundrechten sich richtende Arbeit wird die Zeit überdauern, in der sie geschieht, und wird damit auch das deutsche Judentum die Zeiten überdauern lassen, in denen eine aufgewühlte Umwelt und eine wirtschaftliche Krise von unerhörtem Ausmaße gefährdende und verhängnisvolle Wirkungen gegen uns wachrufen.

Unser Recht auf Arbeit.

Angesichts der sich von Tag zu Tag verschärfenden Notlage und zunehmenden Verelendung der durch die Auswirkungen der Erwerbslosigkeit schwer betroffenen weiten jüdischen Schichten, erging der eindringliche Ruf der jüdischen Oeffentlichkeit nach Zusammenfassung aller Kräfte zur Ergreifung von Abwehr- und Hilfsmaßnahmen.

Auf Grund von Vorschlägen, die im Wirtschaftsausschuß des Preußischen Landesverbandes gegeben worden sind, wurde in dessen „Unterausschuß für Arbeitsnachweise" nach längerer Beratung einstimmig beschlossen, den Monat November d. J. als Werbemonat für die Idee der jüdischen Arbeitsvermittlung und Erwerbsbeschaffung zu proklamieren. Während dieses ganzen Monats soll unter der Devise: „Unser Recht auf Arbeit" im ganzen Reich für die jüdische Arbeitsvermittlung geworben werden.

Es zeugt für die außerordentliche Bedeutung des Problems der Erwerbslosigkeit unter den Juden, daß sämtliche im Wirtschaftsausschuß vertretenen Richtungen des deutschen Judentums einhellig den Versuch unternehmen wollen, den von den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten am schwersten Betroffenen, den jüdischen Arbeits- und Erwerbslosen, durch vereinte Anstrengung aller jüdischen Kräfte Linderung ihrer Not zu bringen.

Die geplante Werbeaktion soll keine Hilfsaktion im üblichen Sinne werden, d. h. es geht hier nicht darum, Almosen zu sammeln oder zu erbitten, um aus dem Ertrag derartiger Sammlungen den Erwerbslosen zu helfen. Es geht vielmehr darum, durch eine Zusammenfassung aller Kräfte den Versuch zu machen, dort, wo es heute noch möglich ist, dem jüdischen Erwerbslosen Arbeit und damit Brot zu beschaffen.

Die Durchführung der Aktion ist der „Vereinigten Zentrale der jüdischen Arbeitsnachweise", Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 158, unter engster Mitwirkung der zentralen Organisationen des deutschen Judentums übertragen worden. Sämtliche jüdischen Veranstaltungen und Versammlungen, die im Laufe des November stattfinden, sollen der Werbung von Arbeitsplätzen für jüdische Erwerbslose nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus sollen in möglichst vielen Gemeinden Gemeindeversammlungen, Besprechungen von Arbeitgebern, Werbung von Vertrauensleuten für die Arbeitsnachweise durchgeführt werden. Die jüdische Presse, die gesamte jüdische Oeffentlichkeit sollen in weitestem Umfange zur Unterstützung dieser Werbearbeit herangezogen werden.

Zum ersten Male soll hier, getragen von dem organisierten Willen des deutschen Judentums, eine Aktion durchgeführt werden, deren Bedeutung über die Grenzen der Gemeinden, Organisationen, Parteien und Weltanschauungen hinausgeht. Der tiefere Sinn dieses Werbemonats soll auch darin bestehen, der maßlosen Hetze, in der dem deutschen Judentum nicht nur die politische Gleichberechtigung, sondern auch das Recht, in der Wirtschaft tätig zu sein, das Recht auf Arbeit und damit das Recht auf Leben bestritten wird, durch Zusammenschluß aller Kräfte, den entschiedenen Willen zum Leben und zur Selbsthilfe entgegenzusetzen.

Ungeachtet des außerordentlichen Umfanges der deutschen Arbeitslosigkeit gibt es auch heute noch in nicht zu unterschätzendem Umfange lebensfähige und mit Beschäftigung versehene Betriebe und Unternehmungen. Innerhalb dieser gesunden Teile der Wirtschaft vollzieht sich ein steter Personenwechsel, werden Stellen neu besetzt oder neu geschaffen, wird immer wieder ein großer Teil von Arbeitskräften neu eingesetzt. Die jüdischen Arbeitsuchenden können jedoch an diesen auch jetzt noch vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten nicht partizipieren, weil sie, verloren in dem Millionenheer der Arbeitslosen, fast gänzlich isoliert sind. Die Zahl der Betriebe, die den jüdischen Erwerbslosen den Zutritt zur Arbeitsstelle nur deshalb verweigern, weil sie Juden sind, wird von Tag zu Tag größer. Wirtschaftszweige, in denen die Juden früher vorherrschend waren, lehnen es immer mehr ab, aus Angst vor Konkurrenz, jüdische Angestellte oder Arbeiter anzustellen. Der jüdische Arbeitsuchende verliert damit die Möglichkeit der Bewerbung auch bei vorurteilsfreien Arbeitgebern, er ist vielfachen Gehässigkeiten und Demütigungen ausgesetzt, wenn er den Versuch macht, im Rahmen der allgemeinen Wirtschaft, sich um eine freie Arbeitsstelle zu bewerben.

Dieser Boykott arbeitswilliger Menschen aus Gründen eines gehässigen Antisemitismus bedeutet nicht nur eine Gefahr für die Stellung der Juden in der deutschen Wirtschaft überhaupt, er ist eine allgemeine Gefahr für den Aufschwung des Wirtschaftslebens, denn er ist in seinem innersten Wesen nach wirtschaftsfeindlich. Keine Wirtschaft verträgt es für die Dauer, daß irgendeine Gruppe in ihr aus politischen oder aus religiösen Gründen mit offener oder versteckter Gewalt verdrängt wird. Deshalb bedeutet die Aktion für

unser Recht auf Arbeit

nicht nur einen Protest gegen den Antisemitismus in der Wirtschaft, sondern auch gegen die wirtschaftsschädigende Bedeutung jeder Boykottbewegung.

Unsere Aktion wendet sich deshalb zuerst und vor allen Dingen an die gesamte Oeffentlichkeit, an die Reichs- und Staatsbehörden mit der dringenden Forderung, alle Machtmittel des Staates gegen derartige wirtschaftsfeindliche Methoden, wie sie heute den Juden gegenüber zur Anwendung kommen, einzusetzen. Von den Wirtschaftsverbänden, Parteien und Gewerkschaften der Arbeiterschaft erwarten wir, daß sie auch die Interessen ihrer jüdischen Mitglieder wahrnehmen und sie vor der drohenden Gefahr der völligen Verdrängung aus der Wirtschaft schützen. Wir wenden uns an alle Arbeitgeber, die noch frei sind von antisemitischen Vorurteilen mit der dringenden Bitte, die jüdischen Arbeitsuchenden, die in ihren Leistungen allen anderen Arbeitsuchenden gleichwertig sind, nicht deswegen aus der Konkurrenz um die freie Arbeitsstelle auszuschalten, weil sie Juden sind. Wir wenden uns insbesondere an die jüdischen Arbeitgeber, die heute noch Arbeitsplätze zu besetzen haben, mit dem dringenden Wunsch, darauf zu achten, daß bei der Besetzung dieser Plätze jüdische Bewerber zur Konkurrenz mitherangezogen und beachtet werden.

Den Gemeinden und Organisationen, der gemeindlichen und freien Wohlfahrtspflege des deutschen Judentums fällt hier eine große und wichtige Aufgabe zu. Wir alle wissen, wie gering die Leistungen der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege im Vergleich zu dem ungeheuren Ausmaß der Not geworden sind. Es gibt keine bessere Wohlfahrtspflege als die Arbeitsbeschaffung. Jeder Mensch, der neu in Arbeit gebracht wird, entlastet unsere Wohlfahrtsmittel, macht sie frei für solche, die nicht mehr durch eigener Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt erwerben können. Wir erwarten und hoffen, daß alle, die die ungeheure Bedeutung der jüdischen Arbeitslosigkeit erkannt haben, mitarbeiten werden, um unser Recht auf Arbeit durch Schaffung zahlreicher Arbeitsstellen zu manifestieren.

Aus unseren Verbandsgemeinden.

Altenstadt. Am 28. Oktober d. J. konnte Herr Hermann Goldschmidt in körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag begehen. Der Jubilar versieht heute noch das Vorlesen aus der Thora. Wir wünschen ihm weiterhin einen gesegneten Lebensabend. עד מאה ועשרים שנה

Friedberg (Hess.). Am 25. November begeht das älteste Mitglied unserer Gemeinde, Frau Adolphine Weil, geb. Strauß, ihren 90. Geburtstag in voller körperlicher und geistiger Frische. Die Greisin versieht noch ihre Hausarbeit wie in früheren Jahren



und fertigt noch die schönsten Handarbeiten an. An den Ereignissen der Gegenwart nimmt sie tätigsten Anteil. Leider hat sie vor einiger Zeit ihren ältesten Sohn verloren, so daß ihr die Festesfreude sehr getrübt ist. Wir wünschen ihr noch viele Jahre in gleicher Rüstigkeit. עד מאה ועשרים שנה

Ober-Ingelheim. Der hiesige Frauenverein feierte am Schemini-Azeresfeste sein 100jähriges Bestehen. Zur Erinnerung an diesen denkwürdigen Tag stiftete der Verein für die Synagoge ein Porauches. Am Vormittag fand in der festlich geschmückten Synagoge ein Gottesdienst statt. Die an den Ausspruch unserer Weisen „Dein Haus sei weit geöffnet, damit Arme wie Kinder Deines Hauses würden" anknüpfende inhaltsreiche Festpredigt des Herrn Lehrer Ludwig Langstädter machte einen tiefen Eindruck auf die zahlreich erschienenen Gäste. In meisterhafter Weise führte Herr Langstädter die Ziele und den Zweck des Vereins und die Pflicht der Wohltätigkeit den Anwesenden vor Augen. Nach Rezitation mehrerer Psalmen sprach Herr Lehrer Langstädter ein Gebet, in dem er Gottes Beistand für das segensreiche Wirken des Vereins erflehte. Sodann ergriff der erste Vorsitzende der Gemeinde, Herr Ferdinand Oppenheimer das Wort, begrüßte Herrn Bürgermeister Dr. Rückert als Vertreter der Zivilgemeinde und die Vorstands-

damen des Frauenbundes der Ortsgruppe Bingen und sprach die Glückwünsche und den Dank der Gemeinde für den gestifteten Vorhang aus. Herr Bürgermeister Dr. Rückert übermittelte die Glückwünsche der Zivilgemeinde, wies auf das gute Einvernehmen der Konfessionen hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der jüdische Frauenverein auch in diesem Jahre bei der allgemeinen Winterhilfe wie bisher mitarbeiten werde. Hierauf sang der Synagogenchor Psalm 100, womit die denkwürdige Feier endete. Abends fand ein gemütliches Beisammensein im Saalbau Wedekind statt, an dem außer den hiesigen Mitgliedern auch Vertreter der Nachbargemeinden Gau-Algesheim, Ockenheim, Bingen, Schwabenheim und Delegierte des Provinzialverbandes Hessen-Nassau des Frauenbundes teilnahmen. Nachdem die derzeitige rührige und bewährte Präsidentin, Frau Emilie Kahn, einen Rückblick auf das verflossene Jahrhundert gegeben, folgten noch verschiedene Ansprachen. Die dann unter Leitung von Herrn Lehrer Langstädter aufgeführten Darbietungen erhöhten die Festesstimmung. Lange nach Mitternacht trennte man sich in dem Gedanken, wieder ein paar Stunden fröhlichen Beisammenseins der gesamten Gemeinde verbracht zu haben. Möge es dem Frauenverein noch recht viele Jahre unter der Leitung der derzeitigen Präsidentin vergönnt sein, Gutes für die Armen aller Konfessionen zu stiften.

Offenbach. Am 15. Oktober d. J. konnte das Bankhaus S. Merzbach auf sein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Anläßlich dieses Jubiläums nahm der Vorstand der israelitischen Religionsgemeinde Gelegenheit, nachstehendes Glückwunschschreiben den Inhabern der Firma zu übersenden:

Sehr geehrte Herren!

Sie haben während der ganzen Zeit des Bestehens Ihrer Firma dem Handel und der Industrie unserer Stadt namhafte und wesentliche Dienste geleistet, wofür Ihnen anläßlich des Jubiläums Ihrer Firma es sicher nicht an Zeichen lebhafter Anerkennung fehlen wird.

Diese Leistungen und diese Anerkennung erfüllen auch unsere Religionsgemeinde mit Freude und Stolz, zumal da sie eine weitere Waffe im Kampf gegen die häßlichen Angriffe unserer Widersacher bilden.

Aber auch unserer Religionsgemeinde haben Sie Ihren Beistand, so oft wir Sie um diesen angingen, nie versagt, sondern stets ohne Zögern und in uneigennütziger Weise geliehen.

Unserer Synagoge haben Sie durch Stiftung der beiden Kandelaber eine ihrer Hauptzierden verschafft und hierdurch zugleich Ihre treue Anhänglichkeit zu unserer Gemeinde bewiesen.

So haben wir allen Anlaß, Ihnen zu dem hundertjährigen Bestehen Ihrer Firma herzlich Glück zu wünschen. Möge diese weiter blühen und gedeihen und möge Ihr Wohlwollen unserer Gemeinde in gleicher Weise wie bisher erhalten bleiben!

Rodheim. Die einst blühende Gemeinde hat nun innerhalb Jahresfrist vier Männer verloren. Am 3. Tage Sukkaus wurde der erst im 61. Jahre stehende Kaufmann Gustav Stern zur letzten Ruhe gebettet. Mit seinem Hinscheiden verliert die jüdische Gemeinde ein treues Mitglied, das zu deren Stützen gehörte. Darüber hinaus war er im weiten Umkreis allgemein geschätzt und beliebt. Vor einer gewaltigen Trauergemeinde schilderte Lehrer Seelig aus Friedberg in bewegten Worten den Verlust, von dem Familie und Gemeinde betroffen. תנצבה

Zentralwohlfahrtsstelle der israelitischen Religionsgemeinde Mainz.

Seit der letzten Veröffentlichung in der Dezembernummer des Blattes, sind uns von nachstehend aufgeführten Persönlichkeiten **zur Linderung der täglich noch wachsenden Not,** Geldspenden zugegangen, für die wir an dieser Stelle nochmals dankend quittieren:

Moritz Berney, Frau Albert Benfey, Frl. Rosa Blum, Moritz Buchdahl, Dr. Ludwig Ehrmann, Alex Eichbaum, Dr. Adolf Fränkel, Jüd. Frauenbund, Frau Nathan Fulda, Manfred Fröhlich, Frau Leo Ganz, Ludwig Goldschmidt, Frau Felix Grünewald, Johann Heil, Max Herrmann, Frl. Hanna Heppenheimer, Samuel Hausmann, Karl Heymann, Jakob Hirsch, Dr. Franz Kallmann, Albert Kaplan, Julius Kaplan, Dr. Emil Kramer, Leopold Klein, Krankenpflegeverein der Aeltere, Frau Isidor Lazar, Dr. Fritz Lehmann, Firma Louis Liebenstein, Frau Emil Löwensberg, Firma Daniel Mann, Firma Gebr. Metzger, Komm.-Rat B. A. Mayer, Ferdinand Mayer, Harxheim, Dr. Walter Nathan, Firma Nathan & Stern, Dr. Arnold Oppenheimer, Frau Henny Ollendorf, Darmstadt, Frau Willy Pintus, Dr. Julius Picard, Frl. Wilhelmine Pfungst, Alfred Raphaelsohn, Hermann Reiling, Frau Hedwig Reiling, Rhenusloge, Frau Ida Reuter, Emil Rosenberg, Frau Max Salomon, Dr. Paul Simon, Dr. S. Süssel, Hugo Scheuer und Frau, Frau Arthur Schönberger, Spielschar Mainz, Dr. Walter Stern, Dr. S. Wallerstein, Dir. Bernhard Weis, Karl Weis, Louis Weis, Theo Weil.

Ferner erhielten wir für unsere Bedürftigen im gleichen Zeitraum eine große Menge von Bekleidungsgegenständen und Wäschestücken, für die wir ebenfalls nochmals verbindlichst danken. **Wir dürfen wohl auch noch die herzliche Bitte aussprechen, das bewiesene Wohlwollen uns auch in Zukunft, besonders in dem jetzt bevorstehenden schweren Winter, bewahren zu wollen.**

Der Vorstand der Zentralwohlfahrtsstelle der israelitischen Religionsgemeinde Mainz.

Vereine und Verbände.

Anläßlich des **Weltspartages** am 29. Okt. 1932 wurde von den Sparkassen der ganzen Welt ein Aufruf erlassen, dem wir folgendes entnehmen:

„Der Weltspartag ist kein Tag der Feiern und der Feste. Geist und Tat sind an diesem Tage ganz besonders in den Dienst des Sparens gestellt.

Das Sparen ist neben der Arbeit die grundlegendste und sicherste Voraussetzung für das Gedeihen und den Fortschritt. Das Sparen, das uns mit denen verbindet, die uns vorangingen und mit denen, die uns auf Erden folgen, ist der Weg zum Aufstieg des Einzelnen und zum Aufbau der kulturellen Macht eines Volkes.

Der Ruf, den wir am Weltspartag an alle Völker richten, enthält eine Mahnung und eine Feststellung.

Die Mahnung weist denen, die mittel- oder unmittelbar in öffentlichen und privaten Aemtern zu Hütern des Sparguts gesetzt sind, ihre Pflicht es mit unerschütterlicher Ehrlichkeit, treu den gesetzlichen Vorschriften und nach dem Willen und zum Nutzen derer, die es ihnen anvertrauten, zu verwalten.

Die Feststellung betrifft die Solidarität unter den Sparern der ganzen Welt, deren gemeinsames Interesse den Frieden unter den Völkern fordert. Der Friede ist der einzig wirksame Schutz nicht nur des eigenen, mühsam erworbenen Spargroschens, sondern des wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Reichtums der Menschheit."

Der Rundfunkvortrag „Ketzereien am Wochenende" vom 22. Oktober veranlaßte den **Centralverein** zu einer sofortigen Intervention bei der Leitung der Berliner Funkstunde. Dr. Friedrich Brodnitz, Mitglied des Hauptvorstandes des C.-V. und Syndikus Dr. Reichmann sprachen bei dem Intendanten Dr. Duske vor und übermittelten ihm den schärfsten Protest des Centralvereins gegen die Beschimpfungen, die Herr Köhn auszusprechen gewagt hat. Die Wirkung des Vortrages sei grob antisemitisch gewesen und es könne keine Rede davon sein, daß der Vortrag eine andere als scharf judenfeindliche Tendenz gehabt habe. Auch die zurückhaltendsten Freunde des C.-V. hätten diesen Vortrag als eine Provokation schlimmster Art betrachtet. Es hätte auch befremdet, daß ein derartiger Angriff im Gegensatz zur gesamten Praxis des Rundfunks anonym erfolgt sei. Der Vorfall müsse hinsichtlich der Verantwortlichkeit unbedingt geklärt und es müßte Vorsorge getroffen werden, daß eine Wiederholung derartiger Angriffe und Beschimpfungen unter keinen Umständen mehr erfolgt.

Intendant Dr. Duske erklärte, daß er den Vortrag selbst nicht geprüft habe, sondern eine andere zuständige Stelle des Berliner Rundfunks. Es könne noch nicht festgestellt werden, ob der Sprecher von dem eingereichten Manuskript abgewichen sei oder ob die verstimmende Wirkung durch eine aggressiv ironische Tonart verursacht worden ist. Es liege der Rundfunkleitung völlig fern, irgend einen Volksteil anzugreifen oder gar zu beschimpfen. Wenn dieser Eindruck entstanden sei, so bedauere er, Dr. Duske, diese Tatsache außerordentlich. Er werde dafür Sorge tragen, daß ein derartiger, von der Rundfunkleitung keinesfalls gewollter Effekt sich nicht mehr wiederhole.

Die **Zentralwohlfahrtsstelle** der **deutschen Juden** und die **Hauptstelle** für jüdische **Wanderfürsorge** hielten am 25. 9. d. J. in Berlin ihre Gesamtvorstandssitzungen ab, in deren Mittelpunkt Fragen der Erwerbslosenhilfe standen.

Die **Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums E. V.** blickte am 2. November d. J. auf ein **dreißigjähriges** Bestehen zurück. Sie hat während der Zeit ihres Wirkens die Aufgabe, der Wissenschaft des Judentums zu dienen, durch Herausgabe von Schriften und durch Subventionierung jüdisch-wissenschaftlicher Arbeiten auf das Glänzendste gelöst. Von dem Grundriß der Gesamtwissenschaft des Judentums" sind bisher 13 Bände erschienen, von dem „Corpus Tannaiticum" ist eben der dritte Band in den Druck gegeben. Die „Germania Judaica" wird vollendet. Außerdem hat die Gesellschaft 37 „Schriften" herausgegeben. Die subventionierten Werke erreichen mindestens dieselbe Ziffer. Auch die „Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums", das Organ der Gesellschaft, die jetzt im 76. Jahrgang erscheint, ist ein Beweis für ihre ungetrübte Schaffenskraft. Etwa 1500 Mitglieder in allen Teilen der Welt zeugen davon, daß es der Gesellschaft gelungen ist, trotz der Ungunst der Zeiten nicht nur kulturfördernd zu wirken, sondern auch zur Annäherung und Verständigung zwischen den einzelnen Ländern beizutragen.

Bücherschau.

Jüdische Gotteshäuser und Friedhöfe in Württemberg (Filserverlag Augsburg), betitelt sich ein reich illustriertes Werk, würdig dem Umstand ausgestattet, dem es sein Erscheinen verdankt. Aus Anlaß der Hundertjahrfeier des Oberrates, dessen Vorgängerin, die königl. israel. Oberkirchenbehörde am 12. Dez. 1831 zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten, wurde das 142 Großoktavseiten umfassende Buch von Stadtrabbiner Dr. Rieger, Stuttgart, verfaßt, — gleichsam als Rechenschaftsbericht der Jubilarin für ihr Mühen, die kulturgeschichtlich wertvollen Güter der jüdischen Vorzeit in Württemberg vor Vergessenheit und Untergang zu bewahren. Aus dem Bildarchiv des Oberrates werden hunderte von technisch wie künstlerisch hervorragenden Aufnahmen wiedergegeben: Grabsteine und Inschriften früherer Jahrhunderte — Bilder aus den Katakomben von Heilbronn (1348) — wechseln mit heute teils noch in Gebrauch befindlichen Bethäusern und Friedhöfen, Bädern und Kultgegenständen aus allen Teilen Württembergs. Ein echtes Heimatbuch ist uns geschenkt, das trotz des hohen wissenschaftlichen Standes seines Begleittextes zur Seele spricht. Neben diesen zwiefachen Werten gibt dieses Kulturdokument auch eine wertvolle Waffe für den traurigen Abwehrkampf unserer Tage, ermutigend und beweisend für die gesamte deutsche Judenheit. Aus der Heimat für die Heimat — von uns für uns — geschaffen möge dieses liebenswerte Buch nicht nur Bewunderung sondern auch Nachahmung finden! **Dr. Lg.**

Das Oktoberheft des **„Morgen"** ist gerade zu den Feiertagen erschienen und wird sinnvoll eingeleitet durch einen kleinen Abschnitt aus dem Neujahrsgebet von Abba Areka. Ismar Freund setzt seine äußerst aufschlußreichen Ausführungen über den Begriff der „Staatenlosigkeit" fort und illustriert ihn an instruktiven Beispielen. Bruno Italiener gibt seine äußerst feine Analyse des Rembrandtschen „Segen Jakobs". Gottfried Salomon wendet sich in seiner „Soziologie des Judenhasses" an die Juden selbst, und zwar an den einzelnen. Friedrich Hertz „Der erste Weltbürger" zeigt die kosmopolitischen Ideen, die schon Herodot beseelten. Max Eschelbacher liefert zahlreiche wertvolle Belege, die die Frage beantworten: „Gibt es Geheimgesetze?" Volkmar Frobenius wirft in seiner Skizze einer Utopie „Antisemitismus" interessante Gegenwartsprobleme auf, die Ludwig Hollaender glücklich beantwortet und widerlegt. Herbert Klein führt in Schaffen und Leben Ernest Blochs ein, einen der begabtesten Komponisten unserer Tage. Edith Falk setzt sich mit Ernst Holzers „Aufruhr gegen den Geist" in trefflicher Weise auseinander. Größere prinzipielle Buchbetrachtungen, u. a. von Erich Stern, Wilhelm Michel, Eduard Strauß u. a. beschließen das vielfältige Heft.

Von jüdischer Sitte in Ost und West handelt ein sehr lehrreicher Aufsatz des bekannten Berliner Rabbiners und Historikers J. Bergmann im neuesten Heft der **Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums.** Er weist insbesondere nach, daß der siebentägigen Trauerzeit und der Hochzeitswoche auch eine siebentägige Festzeit anläßlich der Geburt eines Sohnes entsprach, und verfolgt diese Sitten vom Altertum bis in die Gegenwart hinein. Auch sonst enthält dies Heft manche Beiträge, die den Freund der jüdischen Geschichte interessieren werden. Ueberdies schildert J. Heinemann das gemeinsame Ringen jüdischer und nichtjüdischer Gelehrter um das Verständnis der großen Denker des jüdischen Mittelalters. Insbesondere rückt die Gestalt Gabriols, des Menschen und des Dichters, durch diese Forschung in neues Licht.

Personalnotizen.

Barmizwoh:

Ober-Ramstadt: 17. 9. 32 Manfred Bendorf, Sohn des Herrn Josef Bendorf 1.

Verlobte:

Mainz—Hamburg: Frl. Lieselotte Hausmann mit Herrn Dr. Hermann Lewin.

Nieder-Saulheim—Bingen: Frl. Gerda Vogel mit Herrn Alfred Marx.

Offenbach—Wehrheim (Taunus): Frl. Else Grünewald mit Herrn Ludwig Katz.

Silberhochzeit:

Eschollbrücken: 11. 11. 32 Samuel Wolf u. Frau, Selma, geb, Benjamin.

Gedern: 3. 11. 32 Samuel Voehl u. Frau Klara, geb. Marxheimer.

Schriesheim: 6. 11. 32 Seligmann Fuld u. Frau Rosa, geb. Freudenberger.

70. Geburtstag.

Fürfeld: 12. 11. 32 Isak Metzler.

Mainz-Bretzenheim: 19. 11. 32 Frau Emma Wolf Wwe., geb. Hirsch.

80. Geburtstag:

Altenstadt: 28. 10. 32 Hermann Goldschmidt.

Ober-Ramstadt: 24. 11. 32 David Bendorf II.

90. Geburtstag:

Friedberg: 25. 11. 32 Frau Adolphine Weil Wwe., geb. Strauß.

Gestorben:

Darmstadt: 19. 9. 32 Julius Strauß, 58 Jahre alt.
22. 9. 32 Max Michel, 50 Jahre alt.

Friedberg: 14. 10. 32 Michael Kassel, 79 Jahre alt.
20. 10. 32 Laura Schönberg Wwe., geb. Ilfeld, 61 Jahre alt.

Griesheim bei Darmstadt: 1. 10. 32 Frau Berta Mendel, geb. Kahn, 68 Jahre alt.

Mainz: 5. 10. 32 Frl. Amalie Sommer, 72 Jahre alt.
22. 10. 32 Bernhard Strauß.
6. 11. 32 Frl. Frida Kaufmann, 71 Jahre alt.
8. 11. 32 Julius B. Simon, 50 Jahre alt.

Ober-Olm: 10. 10., 32 Simon Mayer I., 73 Jahre alt.

Rodheim v. d. H.: Gustav Stern, 60 Jahre alt.

Alleinige Anzeigenannahme Ludwig Greif, Mainz, Tritonplatz 5 (am Stadttheater) Fernruf 430 00. — Druck von E. Herzog, Mainz.